



**Gruppe der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 02.02.2016

AN/0237/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------|--------------------------|
| Rat | 02.02.2016 |

Ergänzungsantrag zu TOP 3.1.2 "Aufnahmestopp - "Köln zieht die Notbremse"

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Ratsgruppe PRO KÖLN bittet Sie folgenden Ergänzungsantrag zu TOP 3.1.2 („Aufnahmestopp – Köln zieht die Notbremse“) auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beschluss:

Der Original-Beschlusstext wird um folgenden Passus ergänzt:

„Ferner wird die Stadt Köln alle derzeit in Kölner Turnhallen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge zeitnah umquartieren. Hierfür sind bei Bedarf andere städtische Liegenschaften, wie z.B. die Messehallen, zu nutzen. Neue Turnhallenbelegungen mit Asylbewerbern oder Flüchtlingen wird es in Köln nicht mehr geben.“

Begründung:

Die bereits seit Monaten anhaltende und immer stärker ausgeweitete Praxis der Asylbewerberunterbringung in städtischen Schulturnhallen ist der einheimischen Bevölkerung nicht mehr länger zumutbar. Schon vor den schockierenden Silvester-Ereignissen waren die Beeinträchtigungen des Schul- und Vereinssports sowie des sonstigen Schulbetriebs durch diese Belegungspolitik enorm. Nicht ohne Grund wurden Turnhallenbelegungen ursprünglich nur als allerletzte und vorübergehende Notmaßnahme angekündigt. Andere Kommunen verzichteten sogar ganz auf diese höchst umstrittene Art der Unterbringung.

Inzwischen sind in Köln aber bereits 19 Schulturnhallen zum Teil seit Monaten mit Asylbewerbern und Flüchtlingen belegt - und fast wöchentlich kommen neue hinzu! Den

vagen Versprechungen der Verwaltung auf baldige Reduzierung dieser Belegungen folgen immer noch weitere Beschlagnahmen von Turnhallen!

Nach den sexuellen Übergriffen von Ausländern und insbesondere Asylbewerbern auf hunderte einheimische Frauen und Mädchen in der Silvesternacht rund um den Kölner Hauptbahnhof ist diese Art der Unterbringung erst recht nicht mehr tragbar. Die schon vorher vorhandenen Sorgen der Eltern der betroffenen Schulkinder sind spätestens seit Silvester mit handfesten Tatsachen untermauert und potenziert worden. Niemand kann jetzt mehr von "diffusen Ängsten" oder "Panikmache" sprechen. Eine weitere Unterbringung von Asylbewerbern in Schulturnhallen wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr toleriert. Der soziale und schulische Frieden in den betroffenen Stadtteilen ist in unmittelbarer Gefahr. Auch deshalb gilt es nun, rasch und entschlossen zu handeln. So kann die Kölner Stadtverwaltung vielleicht auch ein wenig von dem Vertrauen, das sie an Silvester und den Tagen danach verloren hat, bei den Bürgern zurückgewinnen.

gez. Markus Wiener